

PEKINGS NEUE POLITIK FÜR TIBET

- Ein Modell für den künftigen Kurs gegenüber den nationalen Minderheiten -

Peter Schier

1. Überblick

"Es ist höchst bedauerlich, daß wir nicht genügend (für das tibetische Volk) getan haben", gestand ZK-Generalsekretär Hu Yaobang auf einer Inspektionsreise durch Tibet am 30. Mai d.J. ein (1). Hu und der ZK-Sekretär und stellvertretende Ministerpräsident Wan Li, die sich an der Spitze einer ZK-Delegation vom 22.-31. Mai 1980 in Tibet aufhielten, malten während ihres Besuches ein düsteres Bild von der wirtschaftlichen Situation des Autonomen Gebiets Tibet und von den Lebensverhältnissen der tibetischen Bevölkerung: Der Lebensstandard der Tibeter sei sehr niedrig und läge extrem weit hinter dem der Bevölkerung in den anderen Landesteilen der Volksrepublik China (2).

Die Schuld hierfür wurde einmal mehr Lin Biao und der "Viererbande" und ihrem nachhaltig wirkenden Einfluß zugeschrieben - in Wirklichkeit verbirgt sich dahinter die Kritik an drei Säulen des maoistischen Entwicklungsmodells der chinesischen Gesellschaft:

1. Die Kulturrevolution brachte - wie auch im ganzen Land - Unglück über Tibet und Leiden für das tibetische Volk, insbesondere die im Vergleich zu den Jahren zuvor noch brutalere Unterdrückung des Buddhismus bzw. Lamaismus und die Zerstörung von Hunderten von Klöstern und Tempeln.

2. Die Errichtung der Volkskommunen ab 1970/71 führte zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang in Tibet.

3. Das imperativ von der Zentrale durchgesetzte Prinzip "Die Getreideproduktion als den Schlüsselpunkt behandeln" zerstörte die traditionelle tibetische Wirtschaftsstruktur, die gekennzeichnet war durch die Verbindung von Landwirtschaft, Viehzucht und häuslichem Nebengewerbe, und führte zusammen mit der Kulturrevolution und der Einführung der Volkskommunen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensverhältnisse des tibetischen Volkes (3).

bestehende Notlage Tibets. Die Gründe für das späte Aufgreifen der tibetischen Probleme sind vielfältig: Erstens mußte sich die Deng-Xiaoping-Fraktion bis vor kurzem auf die politische und personelle Durchsetzung und Absicherung ihres Kurses in der Parteizentrale konzentrieren. Zweitens wurde der Parteizentrale möglicherweise ein falsches Bild über die Verhältnisse in Tibet vermittelt, und zwar von der tibetischen Parteiführung, die sich offenbar nicht offen, sondern verdeckt der Durchsetzung des neuen Kurses widersetzte. Drittens mag der Han-Chauvinismus einiger Politiker innerhalb der Partei- und Regierungszentrale zu einer Ignoranz gegenüber den Problemen der nationalen Minderheiten und damit zur Vernachlässigung der Probleme in Tibet geführt haben.

Ausschlaggebend für das plötzlich große Interesse der Pekinger Parteiführung für Tibet scheinen Ereignisse im Zusammenhang mit der fünfmonatigen Reise einer fünfköpfigen Delegation des Dalai Lama durch Tibet im letzten Halbjahr des vergangenen Jahres gewesen zu sein (4). Während des Besuches dieser vom älteren Bruder des Dalai Lama, Losang Samten, geleiteten Delegation war es an mehreren Orten zu spontanen Freudenkundgebungen der tibetischen Bevölkerung gekommen, in deren Verlauf die Delegationsmitglieder teilweise sogar auf den Schultern der tibetischen Bevölkerung durch die Straßen getragen wurden. Bei ihren Kontakten mit der Abordnung des Dalai Lama beklagten sich viele Tibeter über ihre schlechte Behandlung und die Unterdrückung des Buddhismus bzw. Lamaismus durch die Han-Chinesen in den vergangenen Jahren. Zu Anfang des Besuches hatte die tibetische Führung versucht, jegliche Gefühlsäußerungen der Bevölkerung und Kontakte zwischen Tibetern und den Delegationsmitgliedern zu verhindern, und Verhaftungen vornehmen lassen. Ein Protest der Delegation gegen diese Maßnahmen führte dann zu einer Anweisung der Pekinger Parteizentrale an die tibetische Parteiorganisation, eine liberalere Politik einzuschlagen. Selbst die Mitglieder der Abordnung des Dalai Lama gewannen in Tibet den Eindruck, daß sich die dortige Parteiführung dem neuen Kurs der Pekinger Parteizentrale widersetzte und weiterhin zu den Repressionsmitteln der Mao-Ära gegriffen hatte. Als Ergebnis der jahrelangen Unterdrückung der Tibeter durch die Han-Chinesen habe, so berichteten die Delegationsmit-

Erst dreieinhalb Jahre nach Maos Tod und dem Sturz der "Viererbande" im Herbst 1976 und immerhin noch eineinhalb Jahre nach der Partei-offiziellen Festschreibung des "realistischen" Kurses der "Vier Modernisierungen" reagierte die Parteizentrale damit auf die seit längerem

glieder nach ihrer Rückkehr ins indische Exil des Dalai Lama im Dezember 1979, eine Wiedergeburt des tibetischen Buddhismus und Nationalismus unter allen Teilen der tibetischen Bevölkerung eingesetzt - als einzig möglicher Protest gegen die Bevormundung durch die Han-Chinesen (5). Selbst die Existenz einer tibetischen Untergrundbewegung wurde für möglich gehalten. Die Klagen der Delegationsmitglieder über die Behandlung und die Lage der tibetischen Bevölkerung und die Berichte der Delegationsbegleitung aus der Pekinger Zentrale über eine Renaissance des Buddhismus und des Nationalismus in Tibet dürften den letztendlichen Ausschlag für die ernsthafte Beschäftigung des Zentralkomitees mit den Problemen in Tibet gegeben haben.

Eingeleitet wurden die Bemühungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme Tibets zu finden, Anfang April 1980 mit einem vom ZK einberufenen Forum über die künftige Politik der Zentrale in dem Autonomen Gebiet Tibet. Die auf dieser Konferenz erarbeitete "Zusammenfassung (der Ergebnisse) des Forums über die Arbeit in Tibet" wurde Mitte Mai vom Zentralkomitee als ZK-Dokument in Umlauf gesetzt. In diesem Rundschreiben erklärt das ZK acht Prinzipien des künftigen Tibet-Kurses für verbindlich (s.2.). Danach sollen u.a. den tibetischen Behörden Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte hinsichtlich der von der Zentrale erlassenen politischen Maßnahmen eingeräumt werden, die spezifischen Bedingungen Tibets sollen in Zukunft in jeder Beziehung mehr berücksichtigt werden und die tibetische Parteiführung wird aufgefordert, endlich den bereits auf der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossenen "realistischen" Kurs der "Vier Modernisierungen" zu verwirklichen (6).

Nach dem Abschluß des ZK-Forums über den künftigen Tibet-Kurs trat vom 15. Mai bis 3. Juni 1980 das II. Parteikomitee des Autonomen Gebietes Tibet zu einer erweiterten Plenartagung zusammen. Dies geschah höchstwahrscheinlich auf Anordnung des Zentralkomitees, um die tibetische Parteiorganisation endlich auf den neuen Kurs einzuschwören. Auf dieser Plenartagung wurde zunächst der bisherige 1. Parteisekretär von Tibet, Ren Rong, seines Postens enthoben und durch Yin Fatang als "amtierenden" 1. Parteisekretär ersetzt. Ren Rong, seit 1971 im Amt, wurde später implizit u.a. vorgeworfen, den Ende 1978 Partei-offiziell abgesegneten "realistischen" Kurs obstruiert, eine linksabweichlerische Linie verfolgt und das Wohl des Volkes mißachtet zu haben. Bevor die Teilnehmer der Plenartagung zur weiteren Tagesordnung übergehen konnten, wurden sie vom neuen tibetischen Parteichef Yin Fatang gleich am Eröffnungstag, dem 15. Mai 1980, über die acht Prinzipien des neuen Tibet-Kurses der Zentrale in Kenntnis gesetzt, in denen der tibetischen Parteiorganisation "Mängel", "Fehler" und "Linkstendenzen" vorgeworfen wurde. Derart von der

Parteizentrale angegriffen, blieb dem Parteikomitee des Autonomen Gebietes Tibet nichts anderes übrig, als sich selbst schwerer Fehler zu bezichtigen und Besserung zu geloben. Der von Parteisekretär Guo Xilan vorgetragene Bericht des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees von Tibet war in weiten Teilen eine schonungslose Selbstkritik der tibetischen Parteiführung (s.4.) (7).

Um die Durchsetzung des neuen Tibetkurses zu gewährleisten, entsandte das ZK der KPCh darüber hinaus vom 22.-31. Mai 1980 eine Arbeitsgruppe zu einer Inspektionstour nach Tibet. Geleitet wurde diese ZK-Delegation vom allmächtigen ZK-Generalsekretär Hu Yaobang und dem ZK-Sekretär und Ministerpräsidenten Wan Li. Weitere Mitglieder der Abordnung waren Ngapoi Ngawang Jigme, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses des Autonomen Gebietes Tibet, Yang Jingren, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Komitees der PKCV, stellvertretender Direktor der Einheitsfront-Abteilung des ZK und Vorsitzender der Nationalitätenkommission beim Staatsrat, und Zhao Zhengqing, stellvertretender Direktor der Organisationsabteilung des ZK (8). Als Ergänzung und Konkretisierung des Tibet-Rundschreibens des Zentralkomitees nannte Hu Yaobang in einer Rede vor 4.500 Funktionären am 29. Mai 1980 in Lhasa sechs Voraussetzungen für die Erhöhung des niedrigen Lebensstandards der tibetischen Bevölkerung und die Schaffung eines "geeinten, wohlhabenden und zivilisierten neuen Tibet" (s.3.). Dabei betonte Hu Yaobang vor allem das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf lokale Selbstverwaltung des Autonomen Gebietes Tibet und die Anwendung verschiedener materieller Anreizsysteme für die Bevölkerung, darunter die Vergrößerung der Privatparzellen und des Privat-Viehbestandes und die zeitweise Aussetzung jeglicher Steuern und Abgaben (9).

Die konkrete Umsetzung der acht ZK-Prinzipien und der sechs Voraussetzungen Hu Yaobangs stellt die Bekanntmachung der Regierung des Autonomen Gebietes Tibet vom 20. Juni 1980 dar, in der die Anwendung von acht Maßnahmen zur Überwindung der offensichtlich miserablen wirtschaftlichen Lage Tibets mit sofortiger Wirkung vorgeschrieben wird. Es handelt sich hierbei eindeutig um die weitgehendsten wirtschaftspolitischen Liberalisierungsmaßnahmen, die seit der Partei-offiziellen Verabschiedung des neuen Kurses der "Vier Modernisierungen" im Dezember 1978 in irgendeinem Landesteil Chinas ergriffen wurden. So sollen für die Jahre 1980 und 1981 keine Landwirtschafts- und Viehzuchtsteuern erhoben werden. Für den gleichen Zeitraum werden die ländlichen Kollektive von allen Verkaufsverpflichtungen an den Staat befreit. Darüber hinaus werden private und kollektive Betriebe von der Zahlung von Industrie- und Handelssteuern innerhalb dieser beiden Jahre entbunden. Eine langfristige Maßnahme ist die Garantie des Selbstbestimmungsrechtes der Pro-

Autonome Gebiete und Autonome Bereiche der nationalen Minderheiten in der
Volksrepublik China



Autonomer Bezirk	Nationalität	Autonomer Bezirk	Nationalität
1 Yanbian	Koreaner	15 Xiangxi	Tujia und Miao
2 Gannan	Tibeter	16 Hainan	Li und Miao
3 Linxia	Hui	17 Aba (Ngawa)	Tibeter und Miao
4 Haibei	Tibeter	18 Garze	Tibeter
5 Huangnan	Tibeter	19 Liangshan	Yi
6 Hainan	Tibeter	20 Qiandongnan	Miao und Dong
7 Golog	Tibeter	21 Qiannan	Bouyei und Miao
8 Yushu	Tibeter	22 Wenshan	Zhuang und Miao
9 Haixi	Mongolen, Tibeter und Kasachen	23 Honghe	Hani und Yi
10 Bayingolin	Mongolen	24 Xishuangbanna	Dai
11 Kizilsu-Khalkhas	Kirgisen	25 Chuxiong	Yi
12 Changji	Hui	26 Dali	Bai
13 Bortala	Mongolen	27 Dehong	Dai und Jingpo
14 Ili	Kasachen	28 Nujiang	Lisu
		29 Degen	Tibeter

Quelle: Beijing Rundschau, 13.2.1979

duktionsgruppen, Arbeitsgruppen und Kommune-Mitglieder hinsichtlich der Organisierung der Produktion. Gleiches gilt für die teilweise Herabstufung der Abrechnungsebene auf das Niveau der Arbeitsgruppe oder sogar des Privathaushaltes. Langfristig gültige Maßnahmen sind auch die Vergrößerung der Privatparzellen auf bis zu 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die teilweise Übereignung von zusätzlichem Land zur Produktion von Futtermitteln und der Getreideration an Privatpersonen, die Erlaubnis und Unterstützung des privaten Nebengewerbes usw. (s.5.) (10)

Der mit den 8 ZK-Prinzipien und den 6 Voraussetzungen Hu Yaobangs umrissene neue Tibet-Kurs der Zentrale soll offensichtlich auch für alle anderen Autonomen Gebiete, Bezirke und Kreise der VRCh gelten. So erklärten Hu Yaobang und Yan Lie die 8 ZK-Prinzipien und die 6 Voraussetzungen "im wesentlichen" auch für die wirtschaftlich zurückgebliebene Vielvölker-Provinz Qinghai als anwendbar. Zum gleichen Ergebnis kam eine erweiterte Plenartagung des Provinz-Parteikomitees vom 16.-20.6.1980, die konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung des neuen Nationalitäten-Kurses beschloß - darunter allerdings keine derart weitreichenden wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen wie in Tibet. So sollen u.a. Funktionäre der nationalen Minderheiten innerhalb von 3 bis 5 Jahren 60% der Führungsposten auf und oberhalb der Kreis- und Bezirksebene einnehmen. Bisher besetzen sie teilweise nur 30% dieser Führungspositionen. In Qinghai machen die nationalen Minderheiten, darunter 670.000 Tibeter, 37,8% der Bevölkerung aus, während die von ihnen bewohnten Autonomen Bezirke und Kreise 98% der Gesamtfläche der Provinz Qinghai einnehmen (11).

Auch die Partei- und Regierungsorgane des Autonomen Gebiets Xinjiang erklärten die Tibet-Dokumente als "voll anwendbar auf die gegenwärtige Situation in Xinjiang" (12). Für den Ständigen Ausschuß des Volkskongresses von Xinjiang stellt die ZK-Direktive ein "programmatisches Dokument für die Arbeit in Gebieten nationaler Minderheiten" dar (13) - eine Einschätzung, die auf den Modellcharakter der jüngsten politischen Maßnahmen für Tibet hinweist. Zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung von Xinjiang zählt unter anderem, daß der Steuersatz für Viehzüchter um 49% von 5,5% auf 2,8% des Einkommens gesenkt wurde. Die Senkung des 20 Jahre lang gültigen Steuersatzes soll der schnellen Entwicklung der Viehzucht und der Verbesserung des Lebensstandards der Hirten dienen. Letzterer war während der Kulturrevolution unter den der Bauern abgesunken (14).

Die allgemeine Gültigkeit des neuen Tibet-Kurses für alle Gebiete mit nationaler Selbstverwaltung wurde mittlerweile auch in den Autonomen Gebieten Innere Mongolei und Guangxi sowie in den Autonomen Bezirken und Kreisen der Provinzen Gansu und Sichuan anerkannt (15). Im Rahmen der allgemeinen Wiederbetonung der lokalen Selbstverwaltung für die nationalen Minder-

heiten wurden in der Provinz Hubei die Kreise Laifeng und Hefeng zu Autonomen Kreisen erklärt (16).

Was sind nun - neben dem allgemeinen politischen Umschwung seit Maos Tod und dem Sturz der Viererbande, dem angestrebten allgemeinen Wirtschaftsaufschwung und dem Wunsch nach einer Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung - die besonderen Gründe für die neue Tibet-Politik der Zentrale, die auch für die anderen Autonomen Gebiete Gültigkeit haben soll?

1. Die oben genannten Klagen der Delegation des Dalai Lama über die Zustände in Tibet stellen sicherlich nur einen, allerdings bedeutsamen Grund dar: die Schaffung von Voraussetzungen, die es dem Dalai Lama ermöglichen würden, mehr als zwanzig Jahre nach seiner Flucht aus Tibet in seine Heimat zurückzukehren. Die Rückkehr des Dalai Lama und damit seine Anerkennung der chinesischen Vorherrschaft über Tibet und des sozialistischen Gesellschaftssystems würden selbst bei weiteren Zugeständnissen Pekings an den Dalai Lama - nicht nur einen Prestigegewinn Pekings unter den Tibetern in und außerhalb Tibets bedeuten, sondern auch und vor allem zu einer Stabilisierung der innenpolitischen Situation führen. Freilich ist nach wie vor völlig offen, auf welche Weise die chinesischen Führer die nach wie vor große Integrationskraft des Dalai Lama in Tibet nützen würden. Wenn überhaupt, denn der Panchen Lama lebt - nach mehr als zehnjähriger Haft im Pekinger Prominenten-Gefängnis Qincheng - nach wie vor in Peking und darf nicht nach Tibet zurückkehren, weil ihm die chinesische Führung mißtraut (17).

2. Für die Pekinger Zentrale gilt es jedoch vor allem, dem in den Jahren seit der Kulturrevolution anscheinend wieder anwachsenden Nationalismus und den Unabhängigkeitsbestrebungen der nationalen Minderheiten zu begegnen, um separatistische Bewegungen im Keim zu ersticken. Im Falle Tibet ist sowohl von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang als auch in den Massenmedien in letzter Zeit mehrfach die Forderung nach "Einheit" bzw. nach einem "geeinten Tibet" erhoben worden, wobei in zwei Berichten der Widerstand gegen eine Abspaltung Tibets von China gelobt wurde (18). Noch im November 1977 war von Radio Peking ein bewaffneter Zwischenfall mit tibetischen "Rebellen" gemeldet worden (19). ZK-Sekretär Wan Li bezeichnete im Mai 1980 auf der 5. Plenartagung des Parteikomitees von Tibet die "Einheit" sogar als die wichtigste Forderung des Zentralkomitees an die Tibeter (20). Noch bedeutsamer ist der Kampf gegen separatistische Tendenzen in den Autonomen Gebieten Xinjiang, Ningxia und Innere Mongolei, die direkt an die Sowjetunion bzw. die Mongolische Volkrepublik grenzen und von daher von großer strategischer Bedeutung sind. Dies gilt insbesondere für das zwischen der Sowjetunion und China lange umstrittene Xinjiang, wo die Sowjetunion bereits seit Jahren prosovietische separatistische

Kräfte unterstützt (21). So nutzte die Sowjetunion 1962 die Unzufriedenheit vor allem unter den Kasachen im Autonomen Bezirk Ili über die Volkskommunen-Bewegung aus und ermöglichte die Flucht von über 50.000 Kasachen und Uiguren mit ihren Herden in die Sowjetunion (22). Auch in Tibet sollen die Sowjets - neben dem CIA - die gegen die chinesische Oberherrschaft kämpfenden Khambas spätestens ab 1966 durch Luftabwürfe von Versorgungsmaterial und Waffen unterstützt haben (23). Mit Hilfe des neuen Nationalitäten-Kurses, der für die nationalen Minderheiten viele ökonomische Freiheiten und Mitspracherechte mit sich bringt (von Autonomie im eigentlichen Sinne kann allerdings nach wie vor nicht die Rede sein!), hofft die Pekinger Partei- und Regierungszentrale, die Minoritäten in den Grenzregionen stärker an sich zu binden und sie gegen prosowjetische und separatistische Einflüsse zu immunisieren. Dies würde nicht nur die innenpolitische Lage in den Gebieten nationaler Minderheiten stabilisieren, sondern auch die Verteidigungsbereitschaft in diesen Regionen erhöhen. Bereits Ende Januar d.J. hatte Radio Peking auf die große strategische Bedeutung nationaler Einheit hingewiesen: "Nationale Einheit ist in einem Vielvölkerstaat wie dem unsrigen von überragender Bedeutung für die Konsolidierung der Grenzverteidigung, die Vereinigung des Vaterlands, für Stabilität und Einheit sowie für die Vier Modernisierungen... Ohne nationale Einheit (...) kann unsere Grenzverteidigung nicht konsolidiert werden... Weitere Anstrengungen sind notwendig, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten wieder ins Lot zu bringen und die Schäden zu beseitigen, die der nationalen Einheit (während der Kulturrevolution) zugefügt wurden." (24)

2. Die acht Prinzipien des Zentralkomitees der KPCh für die künftige Tibet-Politik

Mitte Mai 1980 setzte das ZK der KPCh ein Rundschreiben in Umlauf, in dem die Aufgaben und politischen Maßnahmen für den künftigen Kurs gegenüber Tibet definiert wurden. Hauptbestandteil des ZK-Dokuments ist die "Zusammenfassung (der Ergebnisse) des Forums über die Arbeit in Tibet" (Xizang gongzuo zuotanhui jiyao), das Anfang April 1980 vom ZK der KPCh abgehalten wurde. Bekanntgegeben wurde dieses Rundschreiben des ZK am 15. Mai 1980 auf der 5. - erweiterten - Plenartagung des II. Parteikomitees des Autonomen Gebietes Tibet von dem neuen 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang (25).

In seinem Rundschreiben legte das Zentralkomitee "die zentrale Aufgabe und das zentrale Kampfziel für das Autonome Gebiet Tibet in der neuen historischen Epoche" wie folgt fest:

- Heilung der von Lin Biao und der "Viererbände" geschlagenen Wunden
- Entwicklung der Volkswirtschaft
- Erhöhung des materiellen Lebensstandards des Volkes
- Erhöhung des kulturellen und wissenschaftlichen Niveaus
- Aufbau der Grenzgebiete und Verstärkung der Grenzverteidigung
- Schaffung eines hochentwickelten und reichen Tibet

Bei der Bewältigung dieser Aufgabe müssen dem Rundschreiben zufolge die Funktionäre der tibetischen Nationalität und das tibetische Volk als "Hauptstütze" betrachtet, die Einheit zwischen Kadern und Volk aller Nationalitäten gestärkt und die wirklichen Verhältnisse in Tibet in Betracht gezogen werden.

Um "die zentrale Aufgabe und das zentrale Kampfziel für das Autonome Gebiet Tibet in der neuen historischen Epoche" zu erreichen, sollen - dem ZK-Rundschreiben zufolge - von nun an folgende acht Prinzipien befolgt werden (gekürzte Wiedergabe):

1. Bei der Formulierung ihrer politischen Maßnahmen bezüglich des Autonomen Gebiets Tibet müssen die zentralen Behörden von den realen Bedingungen Tibets ausgehen und die dortigen natürlichen Gegebenheiten, die nationalen Besonderheiten, das Wirtschaftssystem, das ideologische Bewußtsein und die Lebensverhältnisse aller dort lebenden nationalen Minderheiten berücksichtigen. Alle Beschlüsse und Maßnahmen der zentralen Behörden müssen zunächst die "echte Zustimmung und Unterstützung" der tibetischen Kader und des tibetischen Volkes finden - andernfalls müssen sie geändert oder aufgeschoben werden. Die Erfahrungen der Han-Nationalität im Landesinneren dürfen nicht blindlings und halsstarrig auf Tibet übertragen werden.

2. Die Einheitsfront-Abteilung des ZK und die Nationalitäten-Kommission des Staatsrates sollen dem Zentralkomitee und dem Staatsrat bei der systematischen Untersuchung der Verhältnisse in Tibet helfen, von sich aus Vorschläge machen und sich bei der Lösung einiger konkreter Probleme der Arbeit in Tibet mit den betreffenden Abteilungen abstimmen.

3. Von der Zentrale und den verschiedenen zentralen Behörden erlassene politische Maßnahmen, festgelegte Prinzipien und Systeme sowie von ihnen landesweit verbreitete Dokumente, Direktiven und Bestimmungen, die den realen Verhältnissen in Tibet nicht entsprechen, brauchen von den Führungsorganen von Partei, Regierung und Massenorganisationen in Tibet nicht ausgeführt oder können flexibel gehandhabt werden. In wichtigen Fragen soll jedoch vorher um Anweisung gebeten werden, bei normalen Angelegenheiten reicht ein späterer Bericht. Da Tibet groß und nur dünn besiedelt ist, dürfen die Zahl der nicht in der unmittelbaren Produktionssphäre

beschäftigten Personen und die Ausgaben hierfür nicht so hoch wie im Landesinneren sein. Hierzu müssen die Qualität des Verwaltungspersonals verbessert, die Verwaltung vereinfacht und gestrafft und die Verwaltungskosten gesenkt werden.

4. Kader der tibetischen und der anderen nationalen Minderheiten sollen vorrangig ausgebildet werden. Die Minderheiten-Funktionäre sollen in die Lage versetzt werden, die Hauptverantwortung für den Aufbau in Tibet zu tragen. Bei der Entsendung von Kadern der Han-Nationalität nach Tibet sollen die realen Erfordernisse beachtet und nach dem Prinzip verfahren werden, zwar wenige, aber dafür effiziente Funktionäre einzusetzen. Außer in Tibet benötigten Führungskadern (der Han-Nationalität) sollen hauptsächlich Hoch- und Fachschulabsolventen sowie fähige Personen mit Fachwissen nach Tibet gesandt werden (26).

5. Die verschiedenen zentralen Behörden, insbesondere die Planungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Erziehungs- sowie die Gesundheitsabteilungen, sollen bei der Festlegung der langfristigen und jährlichen Pläne die besonderen Bedürfnisse Tibets berücksichtigen, nach Kräften die gerechtfertigten Wünsche Tibets erfüllen und aktiv Hilfe auf materiellen, technischen und anderen Gebieten leisten.

6. Die betroffenen Orte und Einheiten im ganzen Land sollen entsprechend den Direktiven der übergeordneten Stellen gewissenhaft einen guten Beitrag zur Unterstützung Tibets leisten.

7. Die verschiedenen zentralen Abteilungen sowie die Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete sollen die in der "Zusammenfassung (der Ergebnisse) des Forums über die Arbeit in Tibet" angesprochenen und sie betreffenden Probleme untersuchen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, um ihre Lösung zu erreichen.

8. Das Parteikomitee des Autonomen Gebiets Tibet soll im Geiste der 3., 4. und 5. Plenartagung des XI. Zentralkomitees und der "Zusammenfassung (der Ergebnisse) des Forums über die Arbeit in Tibet" die Erfahrungen der vergangenen Arbeit gewissenhaft zusammenfassen, erfolgreich arbeiten, Mängel überwinden und Fehler berichtigen. Es soll den Plan für den wirtschaftlichen Aufbau Tibets überarbeiten und neu fassen. Für die Entwicklung von Landwirtschaft und Viehzucht und die Entwicklung des Außenhandels muß das Wirtschaftsmanagement umgestaltet und verbessert werden. Hinsichtlich einer Reihe von Fragen, z.B. die Privatparzellen, privat genutzte Berge, Privatvieh und das häusliche Nebengewerbe betreffend, müssen verschiedene Linkstendenzen korrigiert werden. Die von der Partei (seit dem Sturz der "Viererbande") ergriffenen politischen Maßnahmen auf den Gebieten Landwirtschaft und Viehzucht, Handel und Finanzen, Kultur und Erziehung, Nationalitäten, Religion, Einheitsfront usw. müssen (auch) vom

Parteikomitee des Autonomen Gebietes Tibet verwirklicht werden.

3. Sechs Voraussetzungen für die Erhöhung des Lebensstandards und die eines "geeinten, wohlhabenden und zivilisierten neuen Tibet"

- Die Rede Hu Yaobangs vom 29. Mai 1980 -

In Ergänzung zum Tibet-Rundschreiben des Zentralkomitees, das am 15. Mai 1980 vom amtierenden 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, auf der 5. - erweiterten - Plenartagung des II. Parteikomitees des Autonomen Gebietes Tibet bekanntgegeben wurde, hielt der Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, in Lhasa am 29. Mai vor 4.500 Funktionären eine Rede, in der er u.a. sechs Voraussetzungen für die Erhöhung des niedrigen Lebensstandards der tibetischen Bevölkerung und die Schaffung eines "geeinten, wohlhabenden und zivilisierten neuen Tibet" nannte. Diese sechs Voraussetzungen stellen eine Ergänzung und Konkretisierung der vom ZK Mitte Mai aufgestellten acht Prinzipien für die künftige Tibet-Politik dar und sind somit ein integraler Bestandteil des neuen Tibet-Kurses, der auch für andere Autonome Gebiete, Bezirke und Kreise der nationalen Minderheiten Anwendung finden soll (27).

Im ersten Teil seiner Rede ging Hu Yaobang auf die gegenwärtige Situation in Tibet ein: Der Lebensstandard der Bevölkerung sei in der Vergangenheit nicht genügend gesteigert worden. Während nur einige wenige (wahrscheinlich die in Tibet arbeitenden Han-Chinesen) reicher geworden seien, sei die Mehrzahl arm geblieben. Hu Yaobang machte hierfür nicht nur die Kulturrevolution und die "Viererbande" verantwortlich, sondern auch "gewisse Genossen" in Tibet, die sich nach dem Sturz der Linken nicht an den im Dezember 1978 auf der 3. Plenartagung des XI. ZK endgültig beschlossenen neuen Kurs gehalten hätten. Dies war ein deutlicher Hinweis auf den kurz zuvor abgesetzten 1. Parteisekretär von Tibet, Ren Rong, der dieses Amt seit 1971 innegehabt hatte. Noch im August 1979 hatte Ren Rong auf der 2. Tagung des III. Volkskongresses des Autonomen Gebiets Tibet behauptet, der auf der 3. Plenartagung des XI. ZK beschlossene Kurs sei verwirklicht, die ideologische Zauberformel der Realisten "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen" auf breiter Ebene propagiert, die Rehabilitierung von zu Unrecht verurteilten Personen im wesentlichen beendet und die Kampagne gegen die "Viererbande" im wesentlichen abgeschlossen (28) - Behauptungen, die sich bei dem Besuch der Tibet-Arbeitsgruppe des ZK offensichtlich als falsch herausstellten.

Im Hauptteil seiner Rede benannte Hu Yaobang das Hauptziel der Arbeit von Partei und Regierung in Tibet: "Mit einem Herz und einer Seele

den materiellen und kulturellen Lebensstandard des tibetischen Volkes relativ schnell erhöhen und für ein geeintes, wohlhabendes und zivilisiertes neues Tibet kämpfen." Hierzu seien (außer den acht Prinzipien des ZK) sechs Voraussetzungen bzw. Maßnahmen notwendig. Mit diesen Maßnahmen solle zunächst erreicht werden, innerhalb von 2-3 Jahren den Notlagezustand Tibets zu beseitigen, während man innerhalb von 5-6 Jahren den in der Geschichte Tibets höchsten Lebensstandard erreicht haben wolle. Hu Yaobang warnte, daß jedes Parteimitglied, das gegen dieses Ziel arbeite, als unqualifiziert entlassen würde. Folgende sechs Voraussetzungen sollen verwirklicht werden (gekürzte Wiedergabe):

1. Unter der einheitlichen Führung des Zentralkomitees muß das Recht der Nationalitäten auf regionale Autonomie, und das heißt Selbstbestimmung (zizhuquan), vollständig verwirklicht werden.

Dies bedeutet, daß alle Beschlüsse der Zentrale, die den tibetischen Verhältnissen nicht entsprechen oder der Einheit der Nationalitäten und der Entwicklung der Produktion zuwiderlaufen, nicht durchgeführt werden brauchen oder abgewandelt durchgesetzt werden können. Unter der einheitlichen Führung durch das ZK soll das Autonome Gebiet Tibet sein Selbstbestimmungsrecht voll ausnutzen und gemäß seinen regionalen Besonderheiten Gesetze, Verordnungen und Vorschriften zum Schutz des Rechts der Nationalitäten auf Autonomie und zum Schutz ihrer besonderen Interessen erlassen.

2. Angesichts der gegenwärtig ziemlich schwierigen Lage des Autonomen Gebietes Tibet muß entschlossen eine Politik der Erholung und des Kräfteaufbaus für die Bevölkerung verwirklicht werden, um die Lasten des Volkes in größtem Maße zu erleichtern.

Einige Jahre lang soll das tibetische Volk weder Abgaben noch Verkäufe von Waren an den Staat zu leisten haben. Alle Formen zusätzlicher Belastungen, z.B. in Form von unbezahlter Arbeit (oder auch Umlagen), müssen abgeschafft werden. Produkte der Bauern und Hirten können frei verkauft oder getauscht werden, um das Leben der Bevölkerung zu erleichtern. Verteilungsmaßnahmen sind abzuschaffen.

3. Im gesamten Wirtschaftsbereich muß eine flexible Politik verfolgt werden, die der besonderen Situation in Tibet entspricht, um die Entwicklung der Wirtschaft Tibets möglichst rasch zu beschleunigen.

Eine diversifizierte Wirtschaft muß aufgebaut werden, indem Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft und Handwerk miteinander verbunden werden. Es darf nicht mehr einseitig Getreide angepflanzt werden, sondern es muß sich nach den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung und nach den natürlichen Bedingungen gerichtet werden, wobei das Selbstbestimmungsrecht der Pro-

duktionsgruppen absolut zu achten ist. Zu große Produktionsgruppen sind zu verkleinern. Die Verteilung hat nach dem Leistungsprinzip zu erfolgen. Was die Bauern anpflanzen wollen, können sie anpflanzen - Einmischung ist verboten. Die Privatparzellen und der Privat-Viehbestand sollen vergrößert werden: Ein Haushalt darf mehrere Schafe und Rinder halten. Was die Bauern um ihre Häuser herum an Früchten und Bäumen anpflanzen, ist ihr Eigentum. Das (private) Nebengewerbe und das Handwerk müssen entwickelt werden - wo es Schwierigkeiten gibt, kann der Staat mit Darlehen aushelfen. Fazit: "Keine Angst vorm Reichtum. Erst wenn die Bauern reich sind, kann der Staat reich werden. Die politischen Maßnahmen müssen gelockert, gelockert und nochmal gelockert werden." (29)

4. Der Großteil der staatlichen Hilfe für Tibet muß für die Beschleunigung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und der Viehzucht sowie zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse im tagtäglichen Leben des tibetischen Volkes verwandt werden.

Obwohl Tibet im Vergleich zu anderen Autonomen Gebieten und Provinzen bereits eine Vorzugsbehandlung genießt, muß die staatliche Hilfe für Tibet noch weiter erhöht werden. Im Gegensatz zu früher muß diese Hilfe jedoch wirkungsvoller eingesetzt werden, und zwar hauptsächlich für die Entwicklung der tibetischen Wirtschaft und die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des tibetischen Volkes.

5. Unter der Vorbedingung, daß am sozialistischen Kurs festgehalten wird, müssen Kultur, Erziehung und Wissenschaft Tibets in großem Maße wiederbelebt und entwickelt werden.

Da die tibetische Kultur sehr alt und reichhaltig ist, ist sie es wert, gewissenhaft studiert und entwickelt zu werden. Auffassungen, in denen sich eine Geringschätzung der tibetischen Kultur ausdrückt, sind falsch. Stattdessen muß die tibetische Kultur übernommen und entwickelt werden. Die beschädigten Kulturgegenstände und buddhistischen Klassiker in den Tempeln und Klöstern müssen erhalten, geordnet und erforscht werden. Darüber hinaus muß das Bildungswesen verbessert werden, wobei die Besonderheiten Tibets zu berücksichtigen sind. Die in Tibet arbeitenden Han-Kader müssen die tibetische Sprache und Schrift erlernen. Für sie muß Tibetisch zu einem Pflichtfach gemacht werden.

6. Die Politik der Partei in Bezug auf die Kader nationaler Minderheiten muß korrekt durchgesetzt und die enge Verbindung zwischen Kadern der tibetischen und der Han-Nationalität muß in großem Maße verstärkt werden.

Die in Tibet arbeitenden Han-Kader müssen ihre Fehler korrigieren, wie z.B. die Mißachtung der Nationalitäten-Politik, Fraktionierung, Verschwendung öffentlicher Gelder, Privilegisie-

rung u.a. Innerhalb von zwei bis drei Jahren sollen Tibeter zwei Drittel aller staatlichen Funktionäre in Tibet ausmachen. Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler fallen nicht unter diese Beschränkung. Für sie gilt: je mehr desto besser. Die durch diese Maßnahmen überflüssig gewordenen Kader der Han-Nationalität sollen ihre Arbeit in Tibet gewissenhaft abschließen und ins chinesische Kernland zurückkehren (30).

4. Herbe Selbstkritik und ein Gelöbnis auf Besserung

- Die 5. - erweiterte - Plenartagung des II. Parteikomitees des Autonomen Gebietes Tibet -

Das 2. Parteikomitee des Autonomen Gebietes Tibet hielt - wahrscheinlich auf Anweisung des Zentralkomitees der KPCh - vom 15. Mai bis 3. Juni 1980 seine 5. - erweiterte - Plenartagung ab. Hauptziel dieser Konferenz der höchsten Parteivertreter Tibets war es, die Parteiorganisation auf den bereits auf der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossenen neuen Kurs zu bringen. Lange Zeit war es dem bisherigen 1. Parteisekretär von Tibet, Ren Rong, gelungen, die Durchsetzung der Politik der "Realisten" um Deng Xiaoping in Tibet zu verhindern. Diese Obstruktionspolitik gegen den neuen Kurs kostete Ren Rong, seit 1971 im Amt und ein Verfechter des radikalen maoistischen Entwicklungsmodells einer sozialistischen Gesellschaft, Amt und Würde. Als Hauptverantwortlicher für die "linksabweichlerische" Politik der tibetischen Parteiführung in den letzten Jahren wurde er seines Amtes als 1. Parteisekretär enthoben und durch Yin Fatang ersetzt, der jedoch lediglich "amtierender" 1. Parteisekretär des Parteikomitees des Autonomen Gebietes Tibet wurde. Letzteres deutet darauf hin, daß die Pekinger Parteizentrale beabsichtigt, in nicht allzu ferner Zeit einen Tibeter auf diesen höchsten Parteiposten in Tibet zu setzen. Außer diesem Führungswechsel standen auf der Tagesordnung der Plenartagung u.a. ein Bericht des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees des Autonomen Gebietes Tibet und Reden des neuen 1. Parteisekretärs Yin Fatang, in denen er u.a. die acht Prinzipien des Zentralkomitees über die neue Tibet-Politik bekanntgab. Die rund 200 Teilnehmer an der Plenartagung stellten sich in ihren Beschlüssen voll hinter den neuen Tibet-Kurs der Zentrale, wie er in den acht ZK-Prinzipien und in den von Hu Yaobang vorgebrachten sechs Voraussetzungen zum Ausdruck kommt, und verabschiedeten einige konkrete Maßnahmen zu seiner Durchsetzung, wie z.B. Direktiven zur Rehabilitierung und zum Tibetisch-Unterricht für Han-Kader. Darüber hinaus wurde der Volkskongreß des Autonomen Gebiets Tibet aufgefordert, Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Autonomie der tibetischen Minderheit und der legitimen Rechte des tibetischen Volkes auf gesellschaftlichem, ökonomischem und kultu-

rellem Gebiet zu erlassen (31).

Der von Parteisekretär Guo Xilan vorgetragene Bericht des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees von Tibet war in weiten Teilen eine schonungslose, fast vernichtende Selbstkritik der tibetischen Parteiführung. Das Parteikomitee bezichtigte sich - und damit indirekt vor allem den bisherigen 1. Parteisekretär Ren Rong - folgender schwerwiegender Fehler:

1. Das Parteikomitee von Tibet hat bisher eine falsche ideologische Linie verfolgt, indem es eine Linksabweichung begangen hat.

2. Es hat den Einfluß der 10jährigen Umtriebe von Lin Biao und der "Viererbande" unterschätzt bzw. herabgespielt.

3. Es hat die Beschlüsse der 3. Plenartagung des XI. ZK vom Dezember 1978 nicht adäquat verwirklicht.

4. Es hat die Diskussion über das Kriterium für die Wahrheit (d.h. die Propagierung des ideologischen Kurses der "Realisten" um Deng Xiaoping) nicht in Verbindung mit den tatsächlichen Verhältnissen in Tibet geführt.

5. Es hat die ultralinke Linie von Lin Biao und der "Viererbande" nicht systematisch und tiefgreifend kritisiert.

6. Das Denken der Parteiführer in Tibet ist weit davon entfernt, (von den maoistischen Dogmen) befreit zu sein.

7. Die Arbeit verlief im Schnecken tempo und ohne Fortschritte.

8. Die besonderen Bedingungen Tibets wurden mißachtet und inadäquate Maßnahmen vom Landesinneren blind kopiert, was zu schwerwiegenden ökonomischen Ungleichgewichten und zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung führte. Die ausschließliche Betonung des (von Mao Zedong propagierten) Prinzips "Die Getreideproduktion als den Schlüsselpunkt behandeln" ließ - so Guo Xilan - "keinen Raum für die Entwicklung der Landwirtschaft, Viehzucht und des Nebengewerbes zu und führte so zur Zerstörung der tibetischen Wirtschaftsstruktur, die die Landwirtschaft und Viehzucht miteinander verbunden hatte". Statt - wie traditionell üblich und von der tibetischen Bevölkerung geschätzt - verstärkt Viehzucht zu betreiben und Hochlandgerste, Bohnen und Ölpflanzen anzubauen, wurde ausschließlich der Anbau von Winterweizen betont, obwohl dies weder den natürlichen Bedingungen noch den Bedürfnissen des Volkes entsprach. Folgen dieser falschen Politik waren ein wirtschaftlicher Niedergang und eine Verschlechterung des Lebensstandards des Volkes.

9. Das Parteikomitee kümmerte sich nicht um die Lebensverhältnisse des Volkes. Nicht nur wurden Landwirtschaft und Viehzucht entgegen den

Interessen und sogar zum Schaden des tibetischen Volkes umstrukturiert, sondern auch das tibetische Handwerk, welches wichtige Konsumgüter für die nationalen Minderheiten Tibets herstellt, wurde vernachlässigt. Guo Xilan wörtlich: "Was sind unsere Produktionsziele? Bestehen unsere Ziele darin, von Daqing und Dazhai zu lernen, die Ziele des nationalen Entwicklungsprogramms der Landwirtschaft zu erreichen, die Lücken zu stopfen und die Planziffern zu erfüllen, oder bestehen unsere Ziele nicht vielmehr darin, die materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse des Volkes zu befriedigen?"

Um die genannten Fehler zu überwinden, forderte Guo Xilan folgende Maßnahmen, denen sich das Parteikomitee durch die Verabschiedung des Berichts seines Ständigen Ausschusses anschloß:

1. Diskussionen über das Kriterium der Wahrheit müssen in ganz Tibet abgehalten werden (d.h. Propagierung des ideologischen Kurses der Deng-Xiaoping-Fraktion).
2. Die in der Direktive des ZK über die Arbeit in Tibet aufgestellten acht Prinzipien und die vom ZK-Generalsekretär Hu Yaobang genannten sechs Voraussetzungen müssen in die Tat umgesetzt werden.
3. Die realen Verhältnisse Tibets müssen bei der Lösung von Problemen mehr berücksichtigt werden.
4. Die ultralinke Linie muß kritisiert und ausgeradiert werden.
5. Die Verwaltungsstruktur muß vereinfacht werden und (überflüssiges) Personal muß in abgelegene (unterentwickelte) Gebiete versetzt werden.
6. Eine zentrale Maßnahme zur Beseitigung der Armut und zur Schaffung eines wohlhabenden Tibet ist die Rehabilitierung von zu Unrecht verurteilten Personen.

In diesem Zusammenhang gab Guo Xilan konkrete Rehabilitierungsmaßnahmen bekannt, die vom Parteikomitee Tibets beschlossen worden waren und als Direktive Mitte Juni 1980 verbreitet wurden. Der Direktive zufolge wurden im Verlauf der "sozialistischen Umgestaltung" von Landwirtschaft und Viehzucht seit 1970 (d.h. Beginn der allgemeinen Etablierung von Volkskommunen in Tibet) wohlhabende Bauern und Hirten, die vor 1959 Sklaven gewesen waren, klassenmäßig fälschlicherweise als "Großbauern" (funong) und sogar "reaktionäre Großbauern" eingestuft. Sie alle sollen nun ohne Ausnahme rehabilitiert werden. Auch jene, die fälschlicherweise als Feudalherren, Herdenbesitzer und deren Agenten statt als wohlhabende Sklavenbesitzer klassifiziert wurden, sollen ihre ursprüngliche Klassenbezeichnung zurückerhalten (32). Anfang Juni entschied die Einheitsfront-Abteilung des Stadt-Parteikomitees von Lhasa (also nicht ein Staatsorgan!) sogar, 52 "patriotischen Persönlichkeiten", die früher Feudalherren, Sklavenbesitzer oder Agenten von Feudalherren gewesen waren, den neuen Klassenstatus von Werktätigen zuzuerkennen (33).

Auf der Plenartagung des Parteikomitees von Tibet erläuterten einige lokale Parteiführer bereits, wie sie in ihren Bezirken und Kreisen die neue Politik umzusetzen gedenken. Zu den genannten Maßnahmen zählen außer den von Hu Yaobang geforderten sechs Voraussetzungen u.a.:

- Verkleinerung der Produktionsgruppen auf die Größe eines natürlichen Dorfes mit ca. 20 Haushalten.
- Festsetzung von Produktionsquoten pro Haushalt, wobei die einzelnen Haushalte über die von ihnen erzielten Überschüsse frei verfügen können.
- Liberalisierung des grenzüberschreitenden Handels an der Grenze zu Sikkim und Bhutan.
- Aufhebung jeglicher Beschränkungen des Privatviehbestands und völlig freie Verfügung der Bauern hierüber.
- Vergrößerung der Privatparzellen von bisher 5-7% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche auf über 10% in solchen Gebieten, in denen das Ackerland begrenzt ist (34).

Diese Vorschläge wurden größtenteils von der Regierung des Autonomen Gebiets Tibet übernommen und zum Bestandteil der neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der tibetischen Regierung gemacht, die am 20. Juni 1980 bekanntgemacht wurden (s.5.).

Direkt an die 5. Plenartagung des II. Parteikomitees des Autonomen Gebiets Tibet schloß sich eine Konferenz über die Kontrolle der Parteidisziplin an, auf der die für die Durchsetzung des gültigen politischen Kurses eminent wichtigen Mitglieder der Disziplin-Kontrollkommissionen der verschiedenen Parteiorgane Tibets auf den neuen Tibet-Kurs der Zentrale verpflichtet wurden. Die Konferenz kam denn auch zu dem Ergebnis, daß die Hauptaufgabe der Disziplin-Kontrollkommissionen jetzt und auf längere Dauer darin bestünde, die Verwirklichung der ZK-Beschlüsse hinsichtlich der Politik gegenüber und in Tibet zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wurden den Disziplin-Kontrollkommissionen folgende fünf konkrete Aufgaben zugewiesen:

1. Untersuchung und Regelung von Fällen, in denen die ZK-Prinzipien über die Arbeit in Tibet und die von Hu Yaobang geforderten sechs Voraussetzungen verletzt, mißachtet oder sabotiert wurden.
2. Untersuchung und Regelung von Fällen, in denen die Politik der Partei bezüglich der Nationalitäten, der Religion, der Einheitsfront und der Einheit unter allen Nationalitäten unterminiert wurden.
3. Untersuchung und Regelung von Fällen, in denen Fraktionalismus praktiziert und die Einheit und Solidarität der Partei unterminiert wurden.
4. Untersuchung und Regelung von Fällen, in denen dem ökonomischen Aufbau erheblicher Schaden zugefügt wurde und in denen die

Finanz- und Wirtschaftsvorschriften in schwerwiegender Weise verletzt wurden.

5. Untersuchung und Regelung von Fällen, in denen die Parteidisziplin durchbrochen, Individualismus praktiziert und die Produktion, die tagtägliche Arbeit, Ausbildung, wissenschaftliche Forschung und die soziale Ordnung in schwerwiegender Weise unterminiert wurden.

Darüber hinaus forderte die Konferenz eine bessere Behandlung von Antrag- und Bittstellern (wahrscheinlich vor allem ein Problem der immer noch nicht beendeten Rehabilitierungswelle). Es sei die Aufgabe der Mitglieder der Disziplin-Kontrollkommissionen, die Petenten persönlich zu sprechen und ihre Probleme so weit und schnell so wie möglich zu lösen (35).

5. Die neuen wirtschafts-politischen Maßnahmen der tibetischen Regierung

Am 20. Juni 1980 erließ die Regierung des Autonomen Gebiets Tibet eine Bekanntmachung, in der sie die Anwendung von acht Maßnahmen zur Überwindung der offensichtlich miserablen wirtschaftlichen Lage Tibets mit sofortiger Wirkung vorschrieb (36). Die im folgenden wiedergegebenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen stellen eine konkrete Umsetzung der acht ZK-Prinzipien und der sechs Voraussetzungen Hu Yaobangs dar:

1. Für die Jahre 1980 und 1981 werden keine Landwirtschafts- und Viehzuchtsteuern erhoben. Für diesen Zeitraum werden die Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen (shedui) auch von allen Verkaufsverpflichtungen an den Staat befreit - diese Maßnahme betrifft nicht nur rein landwirtschaftliche Erzeugnisse, sondern auch Vieh und Nebenprodukte. Auf der Basis der Freiwilligkeit wird der Staat die Produktionsgruppen und die Kommune-Mitglieder ermuntern, überschüssige landwirtschaftliche Erzeugnisse, Vieh und Nebenprodukte zu ausgehandelten Preisen oder im Tausch mit anderen gleichwertigen Produkten an den Staat zu verkaufen.

1980 wird der staatliche Ankaufspreis für Hochlandgerste höher sein als der für Weizen.

Die kollektiven Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, die Bau- und Transportunternehmen sowie das private Handwerk und die kleinen Kaufleute und Händler werden für 1980 und 1981 von der Zahlung von Industrie- und Handelssteuern entbunden. Für den Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Vieh, Nebenprodukten und handwerklichen Gütern auf den Märkten durch die Produktionsgruppen oder einzelne Kommune-Mitglieder werden ausnahmslos keine Abgaben erhoben.

Trecker und Lastwagen von Kreisen, Bezirken,

Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen, die für Ackerbau und Viehzucht benutzt werden, werden ausnahmslos von Straßenbenutzungsgebühren befreit.

2. Alle Formen zusätzlicher Belastungen (durch unbezahlte Arbeit, Umlagen u.ä.) werden abgeschafft, um das Leben der Bevölkerung zu erleichtern. Wenn der Staat Arbeitskräfte aus den Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen für Aufbauprojekte benötigt, soll er mit den betreffenden Einheiten hierüber einen Kontrakt aushandeln. Wenn staatliche Angestellte Tiere von Volkskommunen, Produktionsbrigaden, Produktionsgruppen oder Kommune-Mitgliedern benutzen, müssen sie hierfür ein angemessenes Entgelt entrichten. Für die Gehälter der Lehrer und die Kosten der lokal betriebenen Grundschulen, die bisher teilweise von den ländlichen Kollektiven getragen wurden, soll ab 1. Juli 1980 der Staat aufkommen.

3. Das Selbstbestimmungsrecht der Produktionsgruppen, Arbeitsgruppen und Kommune-Mitglieder muß vollständig geachtet werden. In Zukunft dürfen die Regierungsorgane nicht mehr willkürlich imperative Produktions-, Ausstoß- und Anpflanzungspläne festsetzen. Die Produktions- und Arbeitsgruppen sowie die einzelnen Haushalte können entsprechend ihren eigenen Lebensbedürfnissen und den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse ihre Produktion organisieren und das anpflanzen, was sich eignet und was sie anbauen wollen. Sie können selbst entscheiden, welche Produktionsmethoden sie anwenden.

Die Arbeitskräfte, Finanzen und Besitztümer der Produktions- und Arbeitsgruppen sowie der einzelnen Haushalte müssen gesetzlich geschützt werden. Keiner Einheit und keinem Individuum ist es erlaubt, egalitaristische Beschlagnahmen und Enteignungen vorzunehmen.

4. Die Produktionsgruppen können entsprechend ihrer eigenen Situation verschiedene Formen der Zuständigkeit für die Produktion einführen. Sie können permanente Arbeitsgruppen aufstellen, Aufträge über bestimmte Arbeiten an die einzelnen Gruppen vergeben und das Entgelt nach der Produktionsmenge festlegen (d.h., die Abrechnungsebene ist nun die Arbeitsgruppe anstatt wie bisher die Produktionsgruppe). Sie können aber auch temporäre oder saisonale Arbeitsgruppen organisieren, um kleinere Arbeiten erledigen zu lassen. Sie können Parzellen zur Erwirtschaftung der Getreideration (kouliang tian) an die einzelnen Haushalte vergeben. Auch die Vergabe von Aufträgen über feste Produktionsmengen an die einzelnen Arbeitsgruppen ist möglich (d.h., auch in diesem Fall wird auf Arbeitsgruppen-Ebene abgerechnet). Aufträge über feste Produktionsmengen dürfen auch an weitentfernte, einzeln gelegene Haushalte vergeben werden (d.h., die Abrechnungsebene ist in diesem Fall sogar der Privathaushalt). Ist eine Produktionsgruppe zu groß und verstreut gelegen, kann sie auf Wunsch der Bevölkerung mit Zustimmung

der betreffenden Kreisregierung zu einem geeigneten Zeitpunkt verkleinert werden.

5. Die neuen politischen Maßnahmen hinsichtlich der Privatparzellen, des Privatviehs, der Privatbäume und des häuslichen Nebengewerbes müssen gewissenhaft ausgeführt werden.

Die Privatparzellen sollen entsprechend dem gegenwärtigen Bevölkerungsstand neu geordnet werden. Im Normalfall sollten die Privatparzellen zwischen 5 und 7% der gesamten Ackerbaufläche der betreffenden Produktionsgruppe ausmachen. In Produktionsgruppen, in denen das Ackerland pro Person durchschnittlich weniger als 2 mu (1 mu = 1/15 ha, bzw. 667 qm) ausmacht, dürfen die Privatparzellen bis zu 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen. Wo es die Gegebenheiten erlauben, kann den Kommune-Mitgliedern auch Land zur Produktion von Futtermitteln zur Verfügung gestellt werden. Die Privatparzellen und das Land zum Futtermittelanbau werden von den Kommune-Mitgliedern selbst bestellt.

Über Art und Anzahl des in den Einzelhaushalten aufzuziehenden Privatviehs sollen ausschließlich die einzelnen Kommune-Mitglieder selbst entscheiden. Die Kommune-Mitglieder dürfen darüber hinaus vor und hinter ihren Häusern Nutzholz- und Obstbäume anpflanzen, und was sie an Bäumen gepflanzt haben, ist ihr Eigentum. Die kleinen Waldstückchen und Obstbäume vor und hinter den Bauernhäusern, die früher ohne Entschädigung enteignet und in Kollektiveigentum überführt wurden, müssen an die Bauern zurückgegeben werden.

Wo es die Gegebenheiten erlauben, können die Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen den Kommune-Mitgliedern eine begrenzte Anzahl von unbebauten Bergen, Abhängen und Ufern zum Anbau von Bäumen oder Heu zur Verfügung stellen. Das dadurch erzielte Einkommen gehört den einzelnen Kommune-Mitgliedern.

Die Kommune-Mitglieder werden ermächtigt und ermuntert, sich mit Flechtarbeiten, Aufzucht, Schneidern, Lederverarbeitung und anderen häuslichen Nebengewerbearten und Sparten der handwerklichen Produktion zu beschäftigen. Unter der Voraussetzung, daß die natürlichen Ressourcen keinen Schaden erleiden, ist es den Kommune-Mitgliedern erlaubt, Fischer-, Jäger- und Sammlertätigkeiten auszuüben. Alle Arten von Handwerkern dürfen zwecks Ausübung ihres Berufes von Ort zu Ort ziehen.

6. Die Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen werden zur Entwicklung der Handwerksproduktion und des Nebengewerbes der nationalen Minderheiten unterstützt und ermuntert. Sie dürfen direkte auswärtige Kontakte herstellen, Verträge abschließen, die Verarbeitung von Produkten der Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft und des Nebengewerbes übernehmen und Auftragsprojekte im Transport- und Bausektor und anderen Bereichen durchzie-

hen. Darüber hinaus dürfen sie Restaurants, Gasthöfe, Maultier- und Pferdestationen, Reparaturwerkstätten und andere Dienstleistungsunternehmen errichten.

7. Der Markthandel soll vergrößert und Verkaufsmessen sollen abgehalten werden. Den Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen sowie den Kommune-Mitgliedern ist es erlaubt, die selbst erzeugten Produkte der Landwirtschaft, Viehzucht und des Nebengewerbes direkt zu verkaufen oder zu tauschen. Kleine Händler und Kaufleute dürfen zum Verkauf ihrer Waren von Ort zu Ort ziehen.

Der traditionelle Tauschhandel zwischen Bauern und Hirten soll wiederbelebt und entwickelt werden. Die Regierungsorgane aller Ebenen sollen bei der Lösung der praktischen Schwierigkeiten innerhalb dieses Warenaustausches helfen und Märkte in den Gebieten einrichten, wo Landwirtschaft und Viehzucht aneinandergrenzen.

8. Der grenzüberschreitende Handel muß stark entwickelt werden. Den an der Grenze zu Tibet lebenden Einwohnern von Nepal, Indien, Bhutan, Sikkim und Burma ist es erlaubt, die Märkte im tibetischen Grenzgebiet aufzusuchen und dort Tauschhandel zu treiben. Auch die tibetische Grenzbevölkerung darf die Landesgrenzen zum Zweck des Warenaustausches überschreiten. Die alten Verordnungen, die den grenzüberschreitenden Handel behindern, sind außer Kraft zu setzen.

Begleitet wurden diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen der tibetischen Regierung u.a. von einer Preissenkung für sieben Konsumgüter, die zwischen 12 und 21% liegt. Es handelt sich um Bedarfsgüter des täglichen Lebens, darunter tibetische Hüte, Buttergefäße, Aluminiumkannen, Tabakblätter und Töpferwaren (37).

Anmerkungen:

- 1) Xinhua, 2.6.80, nach SWB, 6.6.80.
- 2) S. u.a. RMRB, 31.5.80; Radio Tibet, 23.5.80, nach SWB, 28.5.80; Radio Tibet, 30.5.80, nach SWB, 4.6.80.
- 3) S. u.a. RMRB, 31.5.80 und 18.6.80; Zhengming, Nr.33, 1.7.80, S.20 f.
- 4) Zhengming, Nr.33, 1.7.80, S.20. Zum Besuch der Dalai Lama-Delegation in Tibet s. ausführlich ASIaweek, 15.2.80, S.8 ff.
- 5) Bereits Anfang Mai 1979 hatte Radio Tibet über zu ausgedehnte religiöse Betätigung der tibetischen Bevölkerung geklagt und "energische Maßnahmen zur Propagierung des Atheismus" befürwortet (Radio Tibet, 8.5.79, nach SWB, 15.5.79).
- 6) RMRB, 27.5.80.
- 7) Xinhua, 5./6.6.80 und Radio Tibet, 5.6.80, nach SWB, 10.6.80.
- 8) Xizang Ribao, 23.5.80, nach SWB, 28.5.80; RMRB, 31.5.80; Radio Tibet, 23.5.80, nach SWB, 28.5.80; Radio Tibet, 30.5. und

- 1.6.80, nach SWB, 4.6.80; Radio Tibet, 5.6.80, nach SWB, 10.6.80.
- 9) RMRB, 31.5.80.
- 10) RMRB, 23.6.80.
- 11) RMRB, 8.6. und 24.6.80; Radio Qinghai, 14.5.80, nach SWB, 28.5.80; Xinhua, 27.5.80, nach SWB, 31.5.80; Radio Qinghai, 2.6.80, nach SWB, 6.6.80; Radio Qinghai, 21.6.80, nach SWB, 27.6.80; Radio Qinghai, 26.6.80, nach SWB, 1.7.80.
- 12) Radio Xinjiang, 31.5.80, nach SWB, 4.6.80.
- 13) Radio Xinjiang, 13.6.80, nach SWB, 17.6.80.
- 14) XNA, 24.6.80.
- 15) Radio Innere Mongolei, 5.6.80, nach SWB, 10.6.80; RMRB, 2.7.80; Xinhua, 14.6.80, nach SWB, 17.6.80; Xinhua, 22.6.80, nach SWB, 27.6.80; Radio Guangxi, 6.7.80, nach SWB, 10.7.80.
- 16) Radio Hubei, 28.5.80, nach SWB, 6.6.80.
- 17) ASIaweek, 15.2.80, S.10.
- 18) XNA, 26.2.80; Radio Tibet, 4.6.80, nach SWB, 10.6.80; XNA, 11.6.80, nach SWB, 13.6.80; Radio Sichuan, 13.6.80, nach SWB, 17.6.80.
- 19) S. C.a., Januar 1978, Ü 35.
- 20) Radio Tibet, 14.6.80, nach SWB, 19.6.80.
- 21) R.v.Schirach, "Sinkiang 1975: Alte Hypothesen, neue Zahlen" in C.a., Dezember 1975, S.754 ff.
- 22) Ebenda, S.756 f. und 764. Von 1944 bis 1949 hatte im heutigen Autonomen Bezirk Ili die selbständige islamische "Ostturkestanische Republik" bestanden, die mit Unterstützung der Sowjetunion von den kasachischen und uighurischen "Ili-Rebellen" im November 1944 ausgerufen worden war (ebenda, S.755).
- 23) M.Peisser, "Cavaliers of Kham. The Secret War in Tibet", London 1972, S.230 ff. Zur Unterstützung der Khambas durch den CIA s. u.a. FEER, 5.9.75.
- 24) Radio Peking, 26.1.80, nach SWB, 2.2.80; s.a. Radio Tibet v. 5.7.80 und Radio Innere Mongolei v. 4.7.80, nach SWB, 10.7.80.
- 25) RMRB, 27.5.80.
- 26) Gegenwärtig arbeiten in dem Autonomen Gebiet Tibet mehr als 66.000 Funktionäre, darunter allein über 25.000 Han-Chinesen, die in der Mehrzahl die eigentlichen Führungspositionen innehaben. Die rund 40.000 Kader der tibetischen Nationalität arbeiten vorwiegend auf nachgeordneten Posten (s. C.a., September 1978, Ü 18 und Oktober 1979, Ü 29). Interessant ist, daß die Zahl der Funktionäre der tibetischen Nationalität mit der Zahl der tibetischen KPCh-Mitglieder übereinstimmt: ca. 40.000. 800 der tibetischen KPCh-Mitglieder nehmen Führungspositionen auf und über der Kreisebene ein, weitere 100 besetzen Führungspositionen auf der Bezirksebene und lediglich 16 sind Mitglieder von Führungsorganen des Autonomen Gebiets Tibet. Die 40.000 tibetischen Parteimitglieder machen 2,4% der 1,67 Millionen in Tibet lebenden Tibeter aus - im Landesdurchschnitt machen die KPCh-Mitglieder immerhin 3,9% der Gesamtbevölkerung aus (Xinhua, 29.6.80, nach SWB, 4.7.80). 1962 hatte die Zahl der tibetischen Parteimitglieder lediglich 1.000 betragen (RMRB, 25.5.62).
- 27) Radio Tibet, 30.5.80, nach SWB, 4.6.80; RMRB, 21.5.80.
- 28) S. C.a., September 1979, S.1022.
- 29) RMRB, 31.5.80.
- 30) Vgl. Anm.26.
- 31) Xinhua, 5./6.6.80 und Radio Tibet, 5.6.80, nach SWB, 10.6.80; Xinhua, 18.5.80, nach SWB, 20.5.80; Xinhua, 19.6.80, nach SWB, 23.6.80. S. auch Xinhua, 28.5.80, nach SWB, 4.6.80; Xinhua, 15./16.6.80, nach SWB, 19.6.80.
- 32) Xinhua, 19.6.80, nach SWB, 23.6.80; XNA, 20.6.80.
- 33) XNA, 5.6.80.
- 34) Xinhua, 5.6.80, nach SWB, 10.6.80; Radio Tibet, 11.6.80, nach SWB, 17.6.80.
- 35) Radio Tibet, 10.6.80, nach SWB, 13.6.80.
- 36) RMRB, 23.6.80.
- 37) Xinhua, 14.6.80, nach SWB, 17.6.80.